

Rede  
von  
Hartmut Koschyk

Parlamentarischer Staatssekretär  
im Bundesministerium der Finanzen  
Deutschland

Die Verantwortung der VR China und der Bundesrepublik  
Deutschland in der internationalen Finanzpolitik

Peking Universität (April 2013)

Ich freue mich sehr, heute mit Ihnen über die besondere Rolle und Verantwortung der Volksrepublik (VR) China und der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Finanzpolitik sprechen zu können.

Die Bedeutung der VR China in der Welt ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Nicht nur konnte China Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt 2010 ablösen. China ist es gelungen, Deutschland den Titel des Exportweltmeisters streitig zu machen. Und 2012 waren die USA nur noch knapp vor China die größte Handelsnation weltweit.

Als viertgrößte Wirtschafts- und Handelsnation hat auch Deutschland gewiss seine Bedeutung in der Welt. Gemeinsam mit China sind wir starke Partner in der Weltwirtschaft.

#### China

Die vor mehr als 30 Jahren begonnene Transformation der chinesischen Wirtschaft hin zu einer „Marktwirtschaft sozialistischer Prägung“ schreitet weiter voran. Dies ist sehr zu begrüßen.

China kann stolz auf das seitdem Erreichte sein. Dabei verlief insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung rasant aufwärts, und es konnten in den letzten zehn Jahren durchschnittliche

Wachstumsraten beim realen Bruttoinlandsprodukt von über 9 Prozent verzeichnet werden.

Seit Jahren gelingt es China erfolgreich, um hohe ausländische Direktinvestitionen zu werben und hohe Handelsüberschüsse zu erzielen. 1979 lag der Anteil des Handels am Bruttoinlandsprodukt noch bei 9,5 Prozent; heute ist China nicht nur der größte Exporteur, sondern auch der zweitgrößte Importeur der Welt. Der Anteil des Handels beträgt mit rund 45 Prozent fast die Hälfte am BIP.

Auch der Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation (WTO) Ende 2001 war ein Meilenstein. Dieser Beitritt hatte positive Auswirkungen – sowohl für China, als auch für seine Handelspartner in der Welt - eine klassische „win-win Situation“. Denn der WTO-Beitritt stellte nicht nur eine umfassende Verpflichtungserklärung Chinas und der WTO-Mitglieder zur Integration des Landes in das Weltwirtschaftssystem dar, er war auch für die chinesische Öffentlichkeit ein klares Zeichen der Öffnung des Landes und seiner Eingliederung in die arbeitsteilige globale Weltwirtschaft.

Sicherlich gibt es in der chinesischen Wirtschaft noch weitere Verbesserungsmöglichkeiten, zum Beispiel bei den Marktmechanismen, den Investitionen, der Kreditvergaben und

bei Preissetzungsfragen. Aber es steht außer Frage: Das Land hat beeindruckende wirtschaftliche Erfolge erzielt. Jetzt gilt es, das ist jedenfalls unsere Sichtweise, die Einkommensverteilung, soziale Fragen (Rentenreform, Reform des Gesundheitssystems), einen wirksamen Umweltschutz und auch die zukünftige Rolle der Staatsbetriebe stärker in den Blick zu nehmen.

Die chinesische Regierung hat im Rahmen des 12. Fünfjahresplanes skizziert, wie sie diese Herausforderungen angehen will. Beim gerade zu Ende gegangenen Nationalen Volkskongress hat die neu gewählte Führung des Landes dies erneut bekräftigt. Ziel ist nicht Wachstum um jeden Preis, sondern die Umstrukturierung der Wirtschaft: von Investitions- und Exportorientierung zu höherem Binnenkonsum. Dabei ist „nachhaltiges“ Wachstum zu Recht ein wichtiges Ziel, das mit entsprechender Energie- und Umweltpolitik umgesetzt werden soll. Der Fokus der Reformen liegt vor allem in den ländlichen Regionen und kleineren Städten in Zentral- und Westchina, um dort nachhaltiges Wachstum zu erzeugen und einen entscheidenden Schritt zur Herausbildung einer (Zitat): „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ zu machen. Die verantwortungsvolle Regierungsführung strebt zudem eine entschiedene Vorgehensweise gegenüber Korruption an.

Deutschland

Lassen Sie mich gerne auch auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland und unsere Politik eingehen. Ich will dabei auch auf die europäische Staatsschuldenkrise zu sprechen kommen, die, wie ich weiß, auch in der Volksrepublik China kritisch und teilweise besorgt beobachtet wird.

Die ausgeprägte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft trägt dazu bei, dass das deutsche Wirtschaftswachstum trotz zunehmender Belastungen und Risiken aus dem In- und Ausland robust ist. Ich will Ihnen das mit einigen Zahlen erläutern, auch wenn Sie hier in der Volksrepublik China, wie ich einräumen muss, vielfach an andere Zahlendimensionen gewöhnt sind.

Nach dem kräftigen Wirtschaftswachstum in den Jahren 2010 und 2011 hat sich das BIP-Wachstum im Verlauf des Jahres 2012 zwar spürbar verlangsamt.

Verglichen mit der Eurozone insgesamt, wo das BIP sogar um real 0,6 Prozent zurückging, hat Deutschland aber immer noch ein beachtliches Realwachstum von plus 0,7 Prozent erreicht.

Wir gehen davon aus, dass die Konjunktur im Verlauf dieses Jahres wieder an Fahrt aufnimmt.

Wegen des schwachen Winterhalbjahrs ist die Wachstumsrate für das Gesamtjahr jedoch vorbelastet, so dass wir ein reales Plus von nur 0,4 Prozent erwarten.

Für 2014 aber rechnen wir bereits mit einem deutlich höheren Realwachstum von 1,6 Prozent. Die EU-Kommission ist hier sogar optimistischer als wir und erwartet 2,0 Prozent.

Auch der Arbeitsmarkt erweist sich weiterhin als ausgesprochen robust.

Mit weit über 41 Mio. haben so viele Menschen Arbeit wie nie zuvor in Deutschland. Dabei ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, d. h. vollwertige Beschäftigung mit voller sozialer Absicherung, sogar überproportional angestiegen.

Gleichzeitig war die Zahl der Arbeitslosen so niedrig wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich von rund 1,5 Mio. vor den Arbeitsmarktreformen auf aktuell knapp 1 Mio. um ein Drittel reduziert. Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist eine der niedrigsten in der Europäischen Union. Im Durchschnitt der Eurozone ist sie mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland.

Die gute Beschäftigungssituation wirkt sich auch positiv auf die verfügbaren Einkommen aus. Sie sind in den letzten 3 Jahren um

durchschnittlich 3 Prozent pro Jahr gewachsen. Das hatte es zuletzt vor 20 Jahren gegeben.

Höhere Einkommen stärken wiederum die Binnennachfrage, die im Gegensatz zu früheren Jahren einen wesentlichen Wachstumsbeitrag in Deutschland leistet. Besonders seit 2010 entwickelt sich das BIP pro Kopf im internationalen Vergleich sehr dynamisch. Deutschland steht hier nicht nur in der Eurozone sehr gut da.

Auch der Abstand zu den USA konnte verringert werden. Bei der für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit besonders wichtigen Lohnstückkostenentwicklung hat Deutschland ebenfalls große Fortschritte gemacht. Die Lohnstückkosten sind in Deutschland in den letzten Jahren deutlich weniger gestiegen als in vielen anderen europäischen Ländern oder als in den USA.

Von der guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage profitieren wiederum die öffentlichen Haushalte in Deutschland.

Höhere Steuereinnahmen und geringere Sozialausgaben sind dabei das Ergebnis unserer wachstumsfreundlichen Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

Durch strikte Ausgabendisziplin und konsequente Konsolidierungsanstrengungen ist es uns gelungen, bereits 2011

das Staatsdefizit wieder deutlich unter die 3 Prozent-Grenze des Maastricht-Vertrags zu bringen, der für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindliche Vorgaben für eine solide Finanzpolitik setzt.

Im vergangenen Jahr waren sowohl der tatsächliche – erstmals seit 2007 – als auch der strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Überschuss.

Damit konnte Deutschland sein mittelfristiges Haushaltsziel – ein strukturelles Defizit von lediglich 0,5 Prozent des BIP – ebenfalls vorzeitig und mit deutlichem Abstand einhalten.

Unsere Konsolidierungsstrategie hat gleichzeitig dazu beigetragen, dass Deutschland seine Staatsquote spürbar reduziert hat. Mit 45 Prozent war die Staatsquote 2012 eine der niedrigsten in Europa.

Der Bund hat 2012 – und damit vier Jahre früher als vom Grundgesetz vorgeschrieben – die ab 2016 dauerhaft geltende Obergrenze für das strukturelle Defizit von 0,35 Prozent des BIP eingehalten. Im laufenden Jahr wird die Kreditaufnahme des Bundes weiter um 5,4 Mrd. € auf 17,1 Mrd. € reduziert. Für 2014 planen wir, die Neuverschuldung sogar auf nur noch 6,4 Mrd. € abzusenken. Das bedeutet eine strukturelle schwarze Null.



Trotz erheblicher zusätzlicher Haushaltsbelastungen durch die Krise in Europa haben wir die Neuverschuldung Deutschlands seit 2010 konsequent abgebaut. Der mit den Haushaltseckwerten verabschiedete aktuelle Finanzplan sieht dann für das Jahr 2015 sogar einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vor.

Das Bundesfinanzministerium wird angesichts der bisher erreichten Konsolidierungsfortschritte von vielen Seiten beinahe täglich mit Forderungen und Wünschen nach höheren Ausgaben und größeren Entlastungen konfrontiert. Unseren Konsolidierungskurs zu lockern, wäre aber gefährlich. Nur dauerhaft tragfähige Staatsfinanzen sorgen für Vertrauen bei Investoren und Konsumenten, niedrige Zinsen und neue gesellschaftliche Handlungsspielräume. Auch deshalb wird Deutschland die auf nationaler und internationaler Ebene eingegangenen Konsolidierungsverpflichtungen konsequent einhalten.

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert ist nicht nur das Vertrauen in die Solidität seiner Staatsfinanzen, sondern auch das Vertrauen in die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotential Deutschlands.

Deshalb lassen wir trotz unserer deutlichen Rückführung der Nettokreditaufnahme des Bundes erhebliche Mittel in die Bereiche

Bildung und Forschung und damit in unabdingbare Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes fließen. Für Bildung und Forschung hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode zusätzliche Mittel in Höhe von rund 13,3 Mrd. € bereitgestellt.

Das sind 1,3 Mrd. € mehr als zunächst vorgesehen. Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird allein in diesem Jahr um rund 800 Mio. € erhöht.

Auch dies hat dazu beigetragen, dass sich der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren weiter erhöht hat und nahe am 3 Prozent-Ziel liegt.

Mit 2,9 Prozent des BIP wurde in Deutschland schon im Jahr 2011 mehr von Staat und Privaten in Forschung und Entwicklung investiert als in den meisten anderen EU-Ländern.

Zu einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik gehört es schließlich, Spielräume für verantwortungsvolle Steuer- und Abgabentlastungen zu nutzen.

Unsere konsequente Konsolidierungspolitik und die gute Lohn- und Beschäftigungsentwicklung haben den Spielraum geschaffen, um Bürger und Unternehmen in diesem Jahr um insgesamt fast 8 Mrd. € bei Steuern und Abgaben zu entlasten.

Politik für den Standort Deutschland bedeutet natürlich nicht nur Haushaltspolitik. Weitere Reformen sind notwendig, um Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum der Realwirtschaft zu ermöglichen.

Dazu gehören Maßnahmen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren.

Um möglichen weiteren dramatischen Gefährdungen der Realwirtschaft durch Krisen des Finanzsystems wirksam vorzubeugen, müssen wir dem Handeln der Finanzmärkte Grenzen setzen.

Das geht, indem wir das wichtige Prinzip der Einheit von Handeln und Haften noch stärker betonen.

Das hat die Bundesregierung Schritt für Schritt getan.

Erst kürzlich haben wir mit dem sogenannten „Trennbankengesetz“ einen weiteren wichtigen Schritt gemacht, um die Realwirtschaft wie den Steuerzahler vor den Gefahren von Finanzkrisen besser abzusichern. Kreditinstitute müssen künftig rechtzeitig Pläne aufstellen, wie ihre eigene Sanierung und Abwicklung gegebenenfalls vonstattengehen kann.

Bei systemrelevanten Instituten wird außerdem die Abtrennung risikoreicher Geschäfte vom Einlagengeschäft vorgeschrieben.

Und schließlich enthält das Gesetz klare Strafbarkeitsregeln für Geschäftsleitungen von Banken und Versicherungen, wenn diese gegen ihre Pflichten verstoßen.

Die Bundesregierung tut alles, um auch die Attraktivität Europas als Standort für Investitionen und Arbeitsplätze zu erhalten.

Wie eng die Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands dabei mit den Entwicklungen in der EU und in der Eurozone verbunden ist, hat nicht zuletzt die europäische Staatsschuldenkrise gezeigt.

Europa ist in den letzten Jahren auf einem schwierigen Weg Schritt für Schritt vorangekommen. In den Krisenländern wurden Lehren aus der Krise gezogen. Und es gibt einen Konsens darüber, dass die Vertrauenskrise des Euro vor allem durch die zu hohe Staatsverschuldung und durch die ungleiche Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedstaaten entstanden ist.

Die Erkenntnis, dass es so nicht weiter gehen kann, ist da. Und vieles hat sich bereits geändert: Die öffentlichen Haushaltsdefizite sinken. Die makroökonomischen Ungleichgewichte verringern sich. Die Volkswirtschaften gewinnen durch entschlossene Reformen wieder an Wettbewerbsfähigkeit. Das zeigt sich auch in der Entwicklung der Lohnstückkosten und der Exporte.

Und wir stärken jetzt die europäischen Regeln durch Stärkung des europäischen Sekundärrechts und durch intergouvernementale Vereinbarungen. Es geht darum, dass die Finanz- und Wirtschaftspolitiken der einzelnen EU-Länder durch die europäischen Institutionen effizient überwacht werden können.

Seit Beginn der Schuldenkrise haben wir bereits die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion durch strengere Wirtschafts- und Fiskalregeln und durch bessere Überwachungs- und Sanktionsmechanismen gestärkt. Krisenmechanismen wie die sogenannten Rettungsschirme Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) wurden installiert. Und es wird eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht geben um die Risiken der Bankensysteme wirksam von den staatlichen Finanzen zu trennen, an der wir schrittweise arbeiten.

Wettbewerb und Wachstum in Europa und in Deutschland brauchen die richtigen Rahmenbedingungen. Fehler, die uns die Krise vor Augen geführt hat, dürfen wir nicht noch einmal machen.

Auch lehnt Deutschland alle Versuche ab, die Geldpolitik in Europa zu missbrauchen, um konjunkturelle Strohfeuer zu entfachen. Eine laxe Geld- und Kreditpolitik ist kein Ersatz für eine gute Bildungs- und Sozialpolitik.

Das deutsche Modell der dualen Ausbildung – so verbesserungswürdig es sein mag – verschafft jungen Menschen ohne akademische Ausbildung langfristig bessere Voraussetzungen, um auf dem globalen Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Die Soziale Marktwirtschaft ist nach meiner Auffassung mit ihrem sozialen Ausgleich und ihrem Anspruch der Chancengerechtigkeit trotz aller Fehlanreize dem amerikanischen Modell überlegen, das die Geld- und Kreditpolitik für sozial- und arbeitsmarktpolitische Zwecke instrumentalisiert.

Es gibt keine Abkürzungen auf dem Weg zu nachhaltigem Wachstum. Aber ich bin mir sicher, dass die erfolgreichen Haushalts- und Strukturreformen in Europa zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der Eurozone und zu neuen Arbeitsplätzen führen werden.

Unter Ökonomen ist mittlerweile die Ansicht verbreitet, dass Europa, wenn die Krise vorbei ist, in einer deutlich besseren Verfassung dastehen kann als viele andere Industrieländer in der Welt.

Dass dies durch Haushalts- und Strukturreformen zu schaffen ist, hat Deutschland bereits gezeigt.

Daher liegen die besten Tage Europas noch vor uns.

Das liegt zum Beispiel bei der Regulierung der Finanzmärkte auf der Hand: Die Bundesregierung hält als Lehre aus der Finanzmarktkrise daran fest, dass wir neue und bessere Regeln brauchen – am besten weltweit. Es ist gut, wenn die Volksrepublik China dabei auf ihre Weise unterstützt.

Und dies gilt auch für die globale Handelspolitik.

Eigentlich verhandeln wir lieber im internationalen Rahmen der WTO. Der weitgehende Stillstand bei den Verhandlungen in der sogenannten „Doha-Runde“ hat aber dazu geführt, dass bilaterale und regionale Handelsabkommen wieder stärker in den Blickpunkt rücken.

Die Aufnahme von Gesprächen mit den USA über ein Freihandelsabkommen wie zuvor auch schon mit Japan, darf nicht als Absage an den multilateralen Ansatz der WTO verstanden werden.

Das angestrebte transatlantische Abkommen soll über bestehende WTO-Standards und gleichermaßen über die zu erwartenden Verhandlungsergebnisse einer erfolgreichen Doha-Runde hinausgehen. Es steht damit weder im Konflikt zum

multilateralen Ansatz der WTO noch stellt es eine Alternative hierzu da. Ähnliches gilt für die Verhandlungen mit Japan.

Wir wünschen uns, dass solche ambitionierten bilateralen Abkommen Vorbild und Ansporn sind für entsprechende Regelungen und Liberalisierungsfortschritte auf multilateraler Ebene.

Unser gemeinsames Ziel sollte ein globaler Binnenmarkt sein, mit so wenig Handelshemmnissen wie möglich. Exportnationen wie China und Deutschland können hiervon nur profitieren.

#### Deutsch-chinesische Beziehungen

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern sind traditionell eng und gut und entwickeln sich mit großer Dynamik. Dabei ist die Volksrepublik China für Deutschland der wichtigste Handelspartner in Asien (rund 41 Prozent des Handels), Deutschland wiederum ist für China mit Abstand der wichtigste Handelspartner in der EU.

Da ist es sehr sinnvoll und hilfreich, dass es seit Mitte 2011 die deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen gibt. Unter Leitung der Bundeskanzlerin trafen 2011 in Berlin und 2012 in Peking jeweils die Fachminister zusammen, um die Intensivierung



der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder voranzutreiben. Auch war China bereits Gastland der Hannover-Messe; der Besuch des damaligen Premierministers WEN in Deutschland und auf der Hannover-Messe war ein sichtbares Zeichen der Wertschätzung für die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen und sicher auch für Produkte und Know-How „made in Germany“.

China ist aber nicht nur ein potenzieller Zielmarkt für deutsche Exporte und Käufer deutscher Maschinen und Technologie. China wird zunehmend als Investor in Deutschland wahrgenommen. In jüngster Zeit hat es eine Reihe von Unternehmensübernahmen und Beteiligungen chinesischer Investoren im deutschen Mittelstand gegeben. Lassen Sie mich deshalb diese Gelegenheit nutzen, um zu sagen: China ist uns in Deutschland auch als Investor herzlich willkommen. Diese Investitionen sind in beiderseitigem Interesse. China bekommt damit noch besseren Zugang zu westlichen Märkten. Für Unternehmen des deutschen Mittelstandes bietet es Zugangschancen zum chinesischen und asiatischen Markt.

#### China und Deutschland als internationale Partner

Auch auf der internationalen Ebene arbeiten China und Deutschland eng zusammen. Ein zentrales Forum dieser Zusammenarbeit sind die G20.

Mit rund zwei Dritteln der Weltbevölkerung, 80 Prozent des globalen BIP und 90 Prozent des Welthandels kann diese Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer mit Fug und Recht als repräsentativ für die Weltwirtschaft angesehen werden.

Die G20 hat eine Schlüsselfunktion bei der globalen Politikkoordination eingenommen. Sie ist das zentrale Gremium, wenn es darum geht, Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik abzustimmen und so zu einem starken, nachhaltigen Wachstum beizutragen.

Dabei war die G20 vor allem in der unmittelbaren Reaktion auf die Krise ab 2008 durchaus erfolgreich. Wichtige und weit reichende Beschlüsse im Hinblick auf die Finanzmarktregulierung, die Internationale Finanzarchitektur und die Fiskalpolitik beweisen, dass die G20 die mit ihrer zentralen Stellung verbundenen Erwartungen als Krisenmanager ernst genommen hat. Dabei denke ich vor allem an die Beschlüsse zu Basel III, zur Erhöhung der IWF-Ressourcen und den Toronto-Zielen der Haushaltskonsolidierung.

Aktuell muss die G20 beweisen, dass sie auch nach der unmittelbaren Krisenreaktion in der Lage ist, verbindliche Beschlüsse zu fassen und diese vor allen Dingen auch umzusetzen. Denn daraus zieht die G20 ihre Legitimation und

Glaubwürdigkeit. Angesichts zum Teil schwer wiegender Umsetzungsschwierigkeiten, etwa bei der gerade angesprochenen Basel III-Reform, sehe ich hier die größte Herausforderung für die Zukunft der G20.

Ganz konkret muss die G20 aus deutscher Sicht in diesem Jahr ihre Glaubwürdigkeit auch im Bereich der Fiskalpolitik beweisen. Auf dem G20-Gipfel im vergangenen Jahr haben wir beschlossen, bis zum Gipfel in St. Petersburg am 5./6. September diesen Jahres eine Anschlussvereinbarung für die geltenden Toronto-Ziele zur Haushaltskonsolidierung in Form glaubwürdiger und mittelfristiger Strategien zu erarbeiten.

Die erste Etappe der Toronto-Ziele, im Jahr 2013 die Haushaltsdefizite im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu 2010 zu halbieren, wird zwar voraussichtlich nicht von allen G20-Staaten erreicht. Umso wichtiger ist die zweite Etappe der Toronto-Ziele, bis 2016 eine Stabilisierung oder Senkung des Schuldenstandes im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zu erreichen.

Deutschland gilt dabei als Vorreiter, und wir werden uns weiter dafür einsetzen, sinnvolle Konsolidierungsziele auch auf G20-Ebene einzuführen.

Den zuweilen unterstellten Widerspruch zwischen Wachstum und Konsolidierung gibt es aus meiner Sicht dabei nicht. Im Gegenteil: eine ambitionierte Konsolidierung der Staatsfinanzen in den Industrieländern ist unabdingbar für die Rückkehr des Vertrauens, die Mobilisierung privater Investitionen, die Sicherung der makroökonomischen Stabilität der Weltwirtschaft und die Reduktion der Anfälligkeit gegenüber exogenen Schocks. Aufgrund seiner wichtigen Position im Welthandel dürfte auch China daran ein großes Interesse haben.

Ich sage noch einmal: unser gemeinsames Bekenntnis in der G20, zu einem stabilen und ausgeglichenen Wachstum der Weltwirtschaft beizutragen, ist dann am glaubwürdigsten, wenn alle Mitgliedsländer die gemeinsamen Beschlüsse tatsächlich umsetzen. Deutschland nimmt diese Aufgabe ernst. Wir tragen durch wachstumsorientierte Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen zur Stärkung der Binnennachfrage bei. Auch China ist sich seiner zunehmenden Bedeutung innerhalb und für die Weltwirtschaft bewusst und zeigt sich international immer häufiger als kooperativer und konstruktiver Partner.

In diesem Zusammenhang ist beispielsweise zu begrüßen, dass China im Juni 2010 die Bindung des Renminbi an den US-Dollar aufgehoben hat – der Wechselkurs ist seitdem an einem Währungskorb ausgerichtet. Im letzten Jahr hat die Zentralbank

die Erhöhung der Bandbreite von  $\pm 0,5$  Prozent auf  $\pm 1$  Prozent beschlossen, in der der US-Dollar/Renminbi -Wechselkurs am Interbankenmarkt um den von ihr festgesetzten Kurs schwanken kann.

Diese Maßnahme der chinesischen Zentralbank zur weiteren Flexibilisierung des Wechselkurses ist ein richtiger Schritt. Sie zeigt, dass China es mit der Umsetzung seiner jüngsten Äußerungen und seiner unter anderem in der G20 eingegangenen Verpflichtungen ernst meint. China bewegt sich damit mit einem weiteren großen Schritt in Richtung eines konvertierbaren, frei handelbaren Renminbi.

Die Beteiligten sind überzeugt, dass sich die niedrige Bewertung des Renminbi und die damit einhergehende massive Akkumulation von Währungsreserven nicht dauerhaft aufrechterhalten lässt und zudem auch mit nicht zu vernachlässigen Kosten verbunden ist. China sollte aus meiner Sicht den eingeschlagenen Kurs der Wechselkursflexibilisierung entschlossen fortsetzen.

Für ein ausgeglichenes Wachstum sind auch die Bemühungen zur weiteren Stärkung der chinesischen Binnennachfrage ein wichtiger Schritt. Der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ist

dabei – auch nach Meinung von OECD und IWF – eine Erfolg versprechende Maßnahme.

#### Einbindung Chinas in die internationale Finanzarchitektur

Diese zunehmende Einbindung der chinesischen Währung in die Weltwirtschaft wird sich sicherlich auch an anderen Stellen positiv niederschlagen. Der Renminbi ist ein starker Kandidat, wenn es um die künftige Erweiterung des „Sonderziehungsrecht-Währungskorbs“ des IWF geht. Die Diskussion im IWF um eine Klarstellung der Kriterien ist noch nicht abgeschlossen. Aber bei Fortführung der eingeleiteten Reformen in China sehe ich gute Chancen, dass der Renminbi seinen Weg in den Sonderziehungsrecht-Währungskorb finden wird. Wir würden uns freuen, wenn eventuell schon bei der Überprüfung des Korbs 2015 die Voraussetzungen dafür gegeben wären.

Darüber hinaus stellt China für den IWF und die Weltgemeinschaft auch in finanzieller Hinsicht einen wichtigen Partner dar. So hat China einen wesentlichen Beitrag zur Ressourcenaufstockung des IWF geleistet

#### Internationale Regulierung

Die Globalisierung der internationalen Finanzmärkte ist weit fortgeschritten. Global agierende Finanzmärkte haben uns sehr dabei geholfen, unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in

den vergangenen Jahren zu vertiefen. Die jüngste Finanzkrise hat aber ebenfalls gezeigt, dass sich auch die Risiken einer unzureichenden Überwachung und Regulierung der Finanzmärkte, und sei es nur in einzelnen Bereichen und Regionen (wie zum Beispiel die Kreditvergabe für Immobilien in den USA) durch zahlreiche Ansteckungsmechanismen weltweit auf andere Volkswirtschaften übertragen können.

Hier haben die G20 die richtigen Konsequenzen gezogen, indem sie 2009 das Financial Stability Board gegründet und mit der Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen zur internationalen Finanzmarktregulierung beauftragt haben. China war von Anfang an Mitglied des Financial Stability Board und ist dort – ähnlich wie auch Deutschland – mit drei Mitgliedern vertreten, nämlich seinem stellvertretenden Finanzminister, dem Gouverneur der People's Bank of China und dem Leiter der China Banking Regulatory Commission.

Dies macht deutlich, dass China die zentrale Bedeutung internationaler Kooperation und Koordination gerade auch für das Gebiet der internationalen Finanzmarktregulierung schätzt. Dies ist wichtig, denn die weiter zunehmende Integration Chinas in die Weltwirtschaft wird auch mit einer wachsenden Integration in die internationalen Finanzmärkte verbunden sein.

Es ist deshalb gut, dass sich die G20 seit der Finanzkrise auf eine Reihe wichtiger Regulierungsziele verständigt haben (zum Beispiel strengere Regulierung und Vorgaben zur geordneten Abwicklung systemrelevanter Institute, Überwachung und Regulierung von Finanzderivaten, weltweit einheitliche Bilanzierungsstandards). Bis zum G20-Gipfel in St. Petersburg wollen wir weitere Fortschritte erreichen – zum Beispiel mit Blick auf die Weiterführung der Arbeiten zur Regulierung der Kreditvergaben über das internationale Schattenbankensystem. Genauso wichtig wird es aber auch sein, die konsequente und international konsistente Umsetzung aller G20-Regulierungsbeschlüsse systematisch zu überwachen und auch hier eine intensive, grenzüberschreitende Zusammenarbeit sicher zu stellen.

Es erfüllt mich deshalb mit großer Zuversicht, dass deutsche und chinesische Mitglieder auch im Rahmen des Financial Stability Board eng zusammenarbeiten.

#### Schlusswort

Ich bin zuversichtlich, China und Deutschland werden zusammen weiter dazu beitragen, das gemeinsame Ziel eines stabilen und widerstandsfähigen Finanzsystems voranzutreiben, damit es seiner Hauptfunktion gerecht werden kann: das Wirtschaftswachstum, die Lebensbedingungen und



den sozialen Zusammenhalt zu unterstützen.

China und Deutschland tragen hierzu mit ihrer Politik bei und gestalten das internationale System aktiv mit. Beide Staaten tragen hierfür eine ganz besondere Verantwortung. Überall dort, wo wir gemeinsam an einem Strang ziehen, sind die Erfolgsaussichten besonders groß.